WP33 C. Freiheit schützen – Vielfalt leben 10. Aufarbeitung: Erinnern, Lernen, Mahnen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Aufarbeitung: Erinnern, Lernen, Mahnen

Thüringen besitzt eine vielfältige Geschichte. Doch genau wie die Geschichte Deutschlands ist auch die unseres Freistaats von dunklen Kapiteln geprägt. Unser Ziel: Wir möchten mit Blick auf unsere vielschichtige Vergangenheit erinnern und mahnen, aber auch weiter aufarbeiten. Dazu gehört für uns auch, Debatten anzustoßen und vermeintlich alte Themen neu zu betrachten.

Oft unerkannt prägt der deutsche Kolonialismus bis heute das Bild öffentlicher Räume, unserer Alltagssprache oder findet Einzug in Museen. Eine kritische Aufarbeitung der Verbrechen dieser Zeit leistet einen wichtigen Beitrag, um einen neuen und zeitgemäßen Umgang mit dem kolonialen Erbe zu finden und auf diesem Weg antirassistische Perspektiven zu entwickeln.

Auch allgemein ist die politisch-historische Bildung wichtiger denn je. Ganz besonders angesichts der deutschen Vergangenheit im 20. Jahrhundert und einer wieder verstärkt wachsenden Zustimmung zu national-autoritären Denkweisen. Mit Erschrecken lässt sich feststellen, wie wenig Wissen um unsere Vergangenheit tatsächlich vorhanden ist. Wir sind fest davon überzeugt, dass nur ein klarer Blick auf die Vergangenheit unsere Gesellschaft vor künftigen Fehlern schützen kann.

Deshalb werden wir weiter an die Opfer und verfolgten Gruppen des Nationalsozialismus erinnern. Auch diese Geschichte hat in jedem Ort unseres Freistaats seine Spuren hinterlassen. Und auch die Aufarbeitung der Diktatur zur Zeit der DDR und die Geschichte der Menschen, die unter den Repressionen des Ministeriums für Staatssicherheit litten, wollen wir weiter voranbringen. Wir stehen dabei klar an der Seite der vielen Vereine, Gruppen und Menschen, die sich schon seit Jahrzehnten für die Erinnerung an diese Geschichten einsetzen.

Kernziele:

- Förderung der Bildungs- und Erinnerungsarbeit in Schulen, außerschulischen Lernorten und öffentlichen Institutionen
- Konsequente Unterstützung zivilgesellschaftlicher und hauptamtlicher Initiativen, welche sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus auseinandersetzen
- Aufarbeitung des Kolonialen Erbes und Unterstützung der Erinnerungskultur in Thüringen

Gedenkstätten und Aufarbeitung des Nationalsozialismus

In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, die Gedenkstätten der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora mit ihren Außenstellen zu stärken. Doch auch weitere Einrichtungen wie die Gedenkstätte Topf und Söhne, das Deserteursdenkmal in Erfurt und die ehemalige Haftzelle im Abgeordnetenhaus des Thüringer Landtags haben wir finanziell abgesichert. Ebenfalls thematisierten wir BÜNDNISGRÜNE im Rahmen von Gedenkveranstaltungen die Verfolgung der Sinti*zze und Rom*nja aber auch Rosa-Winkel-Häftlinge stärker, die aufgrund ihrer Homosexualität verfolgt wurden. Als wollen wir auch in Zukunft die Gedenkstättenarbeit weiter finanziell absichern und stellen uns den Angriffen auf die Gedenkkultur in Thüringen entgegen. Wir werden uns weiterhin für eine Aufarbeitung und Sichtbarmachung der verfolgten Menschen im Nationalsozialismus in Thüringen einsetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Dauerhafte finanzielle Absicherung der Gedenkstätten der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora mit ihren Außenstellen und ihren Einrichtungen
- Unterstützen zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine und Institutionen, die die Gräueltaten der NS-Diktatur aufarbeiten und für eine lebendige Erinnerungskultur einstehen
- Stärkere Thematisierung der NS-Diktatur im schulischen Kontext im Sinne einer historisch-politischen Menschenrechtsbildung
- Erhalt der Mahnmale und Erinnerungsorte der Opfer des Nationalsozialismus
- Aufarbeitung und Sichtbarmachung der Verfolgung von Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus in Thüringen

Aufarbeitung des SED-Unrechts

Auch die Aufarbeitung des Unrechts, welches Menschen in der Zeit der Deutschen Demokratischen Republik erfahren mussten, steht für uns im Fokus. Besonders Personen, die sich nicht anpassten oder sich aktiv gegen das SED-Regime stellten, waren stark von Repressionen betroffen. Und auch mehr als 34 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Aufarbeitung des SED-Unrechts nicht abgeschlossen. Zu diesem Zweck halten wir Orte wie die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt für ein wichtiges und notwendiges Mittel für ein generationsübergreifendes Erinnern und Aufarbeiten.

Dabei ist es uns wichtig, all die Menschen zu unterstützen, denen in der DDR Unrecht widerfahren ist und die noch heute unter den Folgen leiden müssen. Die vielschichtigen Wege der Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen wollen wir in Wissenschaft, Kultur und insbesondere der Schul- und Erwachsenenbildung verankern und somit für alle Bürger*innen sichtbar machen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schaffung eines nachhaltigen, verlässlichen Angebots für rechtliche Beratung und psychosoziale Betreuung von Betroffenen des SED-Unrechts
- Weiterer Ausbau der vorhandenen Struktur des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen in Wissenschaft, Kultur und insbesondere der Schul- und Erwachsenenbildung
- Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und Demokratiebildung an Strukturen außerschulischen Lernorten da etablieren, wo sich der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienste zurückzieht
- Erhalt der authentischen Erinnerungsorte an Demokratie- und Diktaturerfahrungen sowie der Grenzlandmuseen und Denkmäler
- Stärkung der lokalen Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen von Zeitzeug*innen
- auf Bundesebene machen wir uns für die Anerkennung bisher nicht bedachter Opfergruppen stark, wie verfolgte Schüler*innen und ehemalige Heimkinder
- Einsatz auf Bundesebene für Entschädigungsleistungen an Betroffene von SED-Unrecht
- Prüfen, welche Mittel zur Kompensation eingesetzt werden können, wenn Entschädigungsleistungen durch Bedürftigkeitsprüfungen und Einbeziehung von Einkommen der Partner*innen reduziert wurden
- Auch nach Entfristung von Rehabilitierungsgesetzen, Entschädigung oder Unterstützung von Personen aufsetzen, die aufgrund ihrer Geschichte wie durch Enteignungen oder gebrochene Biografien erneut von Armut bedroht sind
- Für Frauen, die in venerologischen Stationen eingesperrt und Misshandlungen ausgesetzt waren, machen wir uns auf allen Ebenen für spürbare Verbesserungen und umfassende Aufarbeitung stark
- Erneute Studie zur sozialen Lage der SED-Opfer des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aufsetzen

Aufarbeitung der Kolonialgeschichte

Nicht nur das Land Deutschland, sondern auch Thüringen selbst verfügt über eine Kolonialgeschichte. Das koloniale Erbe und dessen Vergangenheit lässt sich noch immer im gesamten Freistaat wiederfinden.

Unsere Vorfahren haben sich Gegenstände genommen, die Ihnen nie gehört haben. Kunstgegenstände, die eine wichtige Bedeutung für die Kulturen in beraubten Ländern hatten – und nun in unseren Museen zur Schau gestellt werden. Diese

Raubkunst muss wieder zurückgegeben werden. Wir stehen für einen reflektierten Umgang sowie eine konsequente Aufarbeitung der Kolonialgeschichte ein. Für uns ist klar, dass dies nicht nur ein wichtiger Schritt hin zu mehr Antirassismus in Sprache und Weltbild ist, sondern der gesamten Gesellschaft eine wichtige Perspektive aufzeigt. So möchten wir einen zeitgemäßen Umgang mit dementsprechenden Straßenschildern, Verzierungen an Gebäuden oder Ausstellungsstücken in Museen finden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine Stärkung der Auseinandersetzung mit Kolonialgeschichte in Thüringer Schulen
- Förderung von künstlerischen und nicht-künstlerischen Projekten zur Zeitgeschichte
- Aufarbeitung des historischen Erbes (NS-Rasseforschung an der Universität Jena oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei Eisenach) durch wissenschaftliche und künstlerische Praxis
- Schwerpunkt der Herkunftsforschung von Kunstwerken und Kulturgütern nächster Jahre auf Kulturpolitik legen, um Unrecht an ehemaligen Kolonialstaaten wie Ausbeutung und Raub von Kulturgütern zu dokumentieren (Provenienzforschung)
- Anerkennung und selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten, die beraubt wurden
- Umbenennung von Straßennamen und öffentlichen Orten, deren Namen den deutschen Kolonialismus verharmlosen oder Menschen würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in Verbindung stehen
- Einrichtung eines Landesfonds, der Kommunen bei der Umbenennung von Straßen und Orten unterstützt